

„Wir bleiben an ihrer Seite“ Die Tibet Initiative feiert 15 Jahre Engagement für die Tibeter

von Christine Rackuff

Die bunten Luftballons mit der Aufschrift „Free Tibet“ stehen steil und prall in der kalten Märzluft, ein scharfer Wind bläst sie gegeneinander, als wollte er sie ermuntern, den Weg als Ziel aufzufassen. Die Tibet-Initiative Deutschland e.V. (TID) hat, wie in den Jahren zuvor, zum Gedenken an den tibetischen Volksaufstand am 10. März 1959 aufgerufen. Etwa 250 friedliche Demonstranten stehen an diesem 13. März 2004 mit Fahnen und Spruchbändern auf der zugigen Jannowitzbrücke in Berlin, in Sichtweite zur chinesischen Botschaft, deren getönte Fensterscheiben abweisend glitzern. Ein Grüppchen chinesischer Touristen fotografiert erstaunt das Geschehen und flüchtet, als ein tibetischer Lama zielgerichtet auf sie zusteuert. Nur keine missverständlichen Bilder in der Presse!

Auch im 15. Jahr ihres Bestehens sind das für die TID gewohnte Szenen. Begeisterte Geburtstagsgefühle treten nicht auf in der Alltagsarbeit des politisch und religiös unabhängigen, gemeinnützigen Vereins, Resignation indes auch nicht. „In Sachen Selbstbestimmung in Tibet bewegt es sich nur Millimeterweise, die Erfolge sieht man nicht gleich,“ meint Wolfgang Grader zuversichtlich. Er ist der erste Vorsitzende und gehört zu jenen, die den Kampf für die gute Sache mit Geduld führen. Er weiß, dass die wachsende wirtschaftspolitische Rolle Chinas einer schnellen Lösung für das 1959 von Pekings Truppen brutal unterworfenen „Schneeland“ im Himalaya eher entgegensteht. Die „Tibetfrage“ scheint für die Bundesregierung Deutschland zu einer so genannten Chefsache zu werden, die von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer zugunsten des chinesischen Handelspartners nur mit spitzen Fingern angefasst wird.

Wichtigstes Mittel der TID wie aller anderen Tibet-Unterstützergruppen weltweit ist es, den Blick friedlich auf Tibet zu lenken. Mahnwachen, Postkartenaktionen, Vorträge, Filmabende, Podiumsdiskussionen helfen, Interesse für ein Volk zu wecken, das durch die gezielte Ansiedlung von Chinesen und einer dem „Mutterland China“ dienenden Wirtschaftspolitik mehr und mehr zur Minderheit im eigenen Land wird. „Solange sich



Tibet-Demonstration am 13. März 2004 in Berlin

Tibet nicht selbst aufgibt, ist Hoffnung, und wir bleiben an seiner Seite“, sagt Klemens Ludwig, ehemals erster Vorsitzender der TID und langjähriger Kenner Tibets. Im Mai 2004 übergab er der UNESCO 25.000 Postkarten und 10.000 Unterschriften von Menschen, die den für Tibeter heiligen Berg Kailash zum Welterbe vorschlugen. Wolfgang Grader, 1. Vorsitzender der TID, beschreibt dies als eine wichtige Aktion, um Aufmerksamkeit auf die tibetische Kultur zu lenken, und den Plan, eine Straße um den Kailash zu bauen, zu brandmarken. Nach Informationen des Auswärtigen Amtes in Berlin ist dieses Projekt derzeit gestoppt. Kritiker meinen, die TID sei in dieser Sache Fehlinformationen aufgesessen, die Straße sei nie ernsthaft erwogen worden. Grader weist dies zurück, man habe sorgfältig recherchiert und von verschiedenen Stellen Bestätigung für dieses Bauvorhaben bekommen.

Die Bedeutung der Lobbyarbeit der TID hat über die Jahre zugenommen. Seit 1998 ist Inge Reuter politische Kontaktfrau zu deutschen Politikern. Sie arbeitet ohne politische Polemik und akzeptiert den vorgegebenen Rahmen. Wenn es die aktuelle Situation erfordert, spricht sie in offenen Briefen deutliche Worte, wie beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiaobao im April 2004 in Berlin. Bestellte Chinesen säumten fahnen-schwenkend den Straßenrand, während Berliner Polizei das Häuflein pro-tibetischer Demonstranten isolierte.

Die TID verfolgt vorwiegend politische Ziele. An erster Stelle steht die Selbstbestimmung der Tibeter. Sie versteht sich weniger als Menschenrechtsorganisation. Im Fall des tibetischen Lamas Tenzin Delek Rinpoche jedoch, der in Osttibet in der Todeszelle sitzt, initiierte sie die „Free Me“-Kampagne. Sie hat sich dafür stark gemacht, seinen Namen auf jene Liste der Einzelfälle setzen zu lassen, welche die Bundesregierung auf den Tisch bringt, wenn Menschenrechtsverletzungen angesprochen werden. Hilfreich sind auch die Kontakte zur China-Referentin im Auswärtigen Amt, die sich kompetent für Tibet einsetzt. In der Regierungsspitze ist man indes angestrengt bemüht, jede politische Verärgerung Chinas zu vermeiden, da das „schlecht für's Geschäft“ ist.

Dreimal hatte die TID Besuch von S.H. Dalai Lama: 1995 zur Eröffnung ihrer Geschäftsstelle in Essen, 1999 zum zehnjährigen Jubiläum in Bonn und 2003 anlässlich des Ökumenischen Kirchentages in Berlin. Auch mit der jährlichen Flaggenaktion zum 10. März stellt sich die TID an die Seite Tibets und lehnt sich an die Politik des

Mittleren Weges S.H. Dalai Lama für Selbstbestimmung des tibetischen Volkes an. Dieses Jahr solidarisierten sich 571 Städte und Landkreise in Deutschland symbolisch mit Tibet, 1800 in Mitteleuropa, indem sie die in Tibet verbotene tibetische Flagge hissten. Die Idee, Flagge für Tibet zu zeigen, ist vor neun Jahren entstanden, 21 deutsche Städte folgten 1996 dem ersten Aufruf. Monika Deimann-Clemens ist Initiatorin dieser Aktion: „Es reicht nicht, in Verzückung zu geraten, wenn ein tibetischer Mönch am Horizont auftaucht. Tibet muss eine öffentliche Stimme bekommen. Die hat es längst noch nicht, zumindest ist sie noch viel zu leise.“

Die Tibet Initiative Deutschland e.V. hat derzeit 1400 Mitglieder und ca. 2500 Förderer. Sie leistet ihre umfangreiche Aufklärungs- und Unterstützerarbeit aus Beiträgen (60 Euro pro Jahr) und Spenden. Hauptsitz ist Berlin, in vielen deutschen Städten gibt es Regionalgruppen, an die sich Interessierte wenden können, wenn sie selbst etwas für Tibet tun möchten (www.tibet-initiative.de)

Tibet: Kontrolle über Internetnutzung

Die Sicherheitsbehörden richteten letztes Jahr ein Kontrollsystem über die Internetnutzung in der so genannten Autonomen Region Tibet ein. Dies berichtet die International Campaign for Tibet (ICT) Anfang Mai. Jeder Internetnutzer braucht demnach eine Registrierungsnummer und ein Passwort, um den Internetbrowser zu starten und Emails zu senden und zu empfangen.

Dazu muss eine „Internetnutzungskarte“ für umgerechnet zwei US-Dollar im Internetcafé erworben werden. Weiterhin ist der Nutzer verpflichtet, zuvor ein Formular auszufüllen, in dem Informationen über seine Person aus seinem Ausweis eingetragen werden. Dann wird vom „Büro für Öffentliche Informationen“, das für die „Sicherheit im Internet“ zuständig ist und die Lizenzen für Internetcafés vergibt, die Karte ausgeteilt. Ohne Karte gibt es keine Möglichkeit, das Internet zu nutzen, heißt es in dem Bericht von ICT. Die E-mail-Korrespondenz und das Surfen können damit kontrolliert werden. Touristen sind von der Regelung nicht betroffen. Die Mitarbeiter der Internetcafés können den Internet-Zugang ohne die Karte freischalten.

Die chinesischen Behörden arbeiten schon lange daran, die Internetnutzung zu überwachen. Sie benutzen ein Filtersystem, um „brisante“ Webseiten zu blockieren, etwa über Menschenrechte, den Dalai Lama, Tibet, Taiwan oder Falun Gong. Mitarbeiter in Internetcafés erzählten ICT-Vertretern, dass Sicherheitsbeamte von Zeit zu Zeit kämen, um eine Software zu installieren, mit der die Wege aufgezeichnet werden, die von einem bestimmten Computer aus im Internet gegangen wurden. So können sie rekonstruieren, welche Seiten angeklickt

wurden. Das neue System erlaubt es ihnen nach Einschätzung von ICT, Internetnutzer, die „verdächtige“ Informationen sammeln oder weitergeben, einfach zu identifizieren.

Allerdings scheinen auch die Computerexperten geschickt darin zu sein, Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Sie haben Schlupflöcher gefunden, um die „Große Rote Mauer“ („Great Red Firewall“), wie sie es nennen, zu durchbrechen. Allerdings reagieren die Behörden mit der Blockierung bestimmter Seiten, sobald sie davon Kenntnis erhalten. Manchmal wurden Internetnutzer, die „auf frischer Tat“ im Café ertappt wurden, das heißt auf verbotenen Seiten waren, mitgenommen und verhört.

Das neue System scheint schon zu funktionieren. Wie ICT berichtet, sei Mitte letzten Jahres ein Tibeter in das Sicherheitsbüro zitiert worden, kurz nachdem er ein E-mail aus dem Westen erhalten hatte, das politisch sensible Wörter enthielt. Das Verhör soll insgesamt neun Stunden gedauert haben. Die Beamten sollen sehr präzise Angaben gemacht und den Betroffenen gefragt haben, ob er einen Tag zuvor seine E-mails abgerufen und die Website www.tibet.com gelesen habe. Sie hätten sich erkundigt, ob er illegale Informationen ausgedruckt und verteilt hätte. Bisher ist aber niemand bekannt, der dafür verhaftet wurde.

Die offiziellen Stellen sagen, dass sie mit dem neuen Überwachungssystem gegen „Internet-Straftaten vorgehen“ und „die Internet-Sicherheit und soziale Stabilität sicherstellen“ wollen. Die Nachrichtenagentur Xinhua berichtete am 21. April 2004 vom Kauf einer Software im Wert von einer Million US-Dollar, um eine umfassende Überwachung des Netzes zu gewährleisten. *bs*